

Johannes Lang

Neulandschule Grinzing

Betreuende Lehrerin: Nicoletta Madella-Mella

II.

Der erste, der ein Stück Land mit einem Zaun umgab und auf den Gedanken kam zu sagen „Dies gehört mir“ und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der eigentliche Begründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, wie viel Elend und Schrecken wäre dem Menschengeschlecht erspart geblieben, wenn jemand die Pfähle ausgerissen und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: „Hütet euch, dem Betrüger Glauben zu schenken; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass zwar die Früchte allen, aber die Erde niemandem gehört“. (Jean-Jacques Rousseau)

Schon im 18. Jahrhundert formulierte Jean-Jacques Rousseau eine Kritik des Privatbesitzes, die später Marx und Proudhon aufgreifen sollten. Dass Verbrechen und Kriege keine Konsequenz des Privateigentums sind, haben spätestens die kommunistischen Terrorregime des 20. Jahrhunderts gezeigt. Vielmehr scheint der Gewalttrieb dem Menschen zu einem gewissen Masse angeboren zu sein. Die Existenz des Privateigentums wirkt wohl sogar insofern friedensstiftend, als sie dem Individuum eine Macht verleiht, welche es vor den Eingriffen totalitärer Regime in seine persönliche Freiheit beschützt.¹ Der Rousseaus Aussage zugrundeliegende Irrglaube, dass privates Eigentum (historisch erwachsene) Ungleichheiten verschärfe und damit den Benachteiligten, den Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft, schade, hält sich jedoch immer noch hartnäckig.

In diesem Essay werde ich die Nützlichkeit des Privateigentums nicht wie die meisten Philosophen² mit der persönlichen Freiheit des Individuums oder dem größeren Nutzen für die gesamte Gesellschaft begründen. Stattdessen will ich von John Rawls' Forderung ausgehend, dass eine gerechte Gesellschaftsordnung den Ärmsten und Schwächsten zugutekommen muss, zeigen, dass eben diese durch die Existenz des Privateigentums *bessergestellt* sind. Denn das

¹ Nach der vollkommenen Abschaffung des privaten Eigentums durch die Roten Khmer in Kambodscha in den späten 70er-Jahren fand ein Viertel der Bevölkerung den Tod.

² John Locke sah das Recht auf Eigentum als natürliches Recht, da jeder Mensch Eigentümer seiner selbst sei.

vermeintliche Ideal einer eigentumslosen Welt bestraft rationales Verhalten und benachteiligt dadurch alle Gesellschaftsschichten.

Zuerst müssen wir daher die theoretischen Möglichkeiten der praktischen Umsetzung einer solchen Utopie analysieren. Diese könnte vollkommen ohne die Existenz einer staatlichen Ordnungsmacht, also anarchisch, sein. Des Weiteren könnte sie von einer Regierung geführt sein, die nur den uneingeschränkten und fairen Zugriff aller auf das Gesamteigentum garantiert. Die dritte unter kommunistischen Diktaturen verwirklichte Variante besteht in der Allokation von Nutzungsrechten an einzelne Individuen, welche aber nicht frei über das zugeteilte Land verfügen dürfen und somit kein Eigentum besitzen.

In ersterem Fall gibt es nun weder Gesetze noch eine Ordnungsmacht, die den Zugriff auf eine Ressource regelt. Alle Individuen handeln rational, also mit dem Ziel, entsprechend ihren Präferenzen aus ihren Handlungen den maximalen Nutzen für sich selbst zu erzielen. Zum Beispiel können wir uns einen fischreichen See vorstellen, der für die Bewohner überlebensnotwendig ist. Allerdings haben nicht alle dieselben Voraussetzungen, manche sind von Natur aus bessere Fischer oder verfügen über bessere Technologien (Netze, Motorboote, etc.). Daher fangen diese die meisten Fische und haben auch keinen rationalen Grund, ihren Fang mit den anderen zu teilen. In dieser anarchischen Welt, in der allen alles und nichts gehört, herrscht bei der rationalen Handlung aller eine sozialdarwinistische Dystopie, in der nur die Stärksten überleben können. Die Schwächsten und Ärmsten allerdings sind nicht besser gestellt als zuvor.

Was aber, wenn der Staat nun zumindest Schutz und Ordnung garantiert und alle Subjekte gleichstellt? Dann besitzt jeder die notwendige Technologie für den Fischfang, keiner hat mehr einen Vorteil. Da wieder alle rational handeln und keine exklusiven Nutzungsrechte für die frei verfügbare Ressource definiert sind, fischen alle so viel sie können. Letztendlich kommt es aber jetzt zu einer Überfischung des Sees, die für alle Akteure katastrophale Folgen hat. Dieses Problem einer unbegrenzten Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen wird in den Sozialwissenschaften auch als Tragik der Allmende³ bezeichnet. Das rationale Handeln aller Akteure führt zu einem Ergebnis, welches alle schlechter stellt als zuvor. Gelöst werden kann dieses Paradoxon allein durch die Allokation von Verfügungs- oder Eigentumsrechten. Würden

³ Dieser Begriff wurde 1968 vom britischen Ökologen Garrett Hardin popularisiert.

die Früchte der Erde also, wie Rousseau sich wünscht, allen gehören, hätte dies auf lange Sicht die Verschlechterung oder die gänzliche Vernichtung des betroffenen Guts zur Folge.

Die dritte und letzte Möglichkeit besteht in der Existenz eines starken Staates, welcher seinen Subjekten das *Nutzungsrecht*, nicht aber das *Eigentumsrecht* des Landes garantiert. Dem Individuum bleibt also die Verwendung der ihm anvertrauten Ressource zu seinem eigenen Vorteil verwehrt, er besitzt sie nicht als Eigentum. Er hat daher keinerlei Anreiz zur Bewirtschaftung der ihm anvertrauten Ressourcen und wird, handelt er rational, diese entweder gar nicht oder schlechter als sonst nützen. In unserem Beispiel werden nun zu wenige Fische gefangen, woraus wiederum für alle Menschen (auch für die Ärmern der Gesellschaft) Nachteile resultieren. Dieser Mangel an Anreizen war auch zu einem großen Teil verantwortlich für das Scheitern des kommunistischen Wirtschaftsmodells in der Sowjetunion. Da die Bauern in einer Kommune weniger Getreide produzierten als in einer Marktwirtschaft, blieb das Einkommen eines jeden einzelnen extrem gering. In ähnlicher Weise hat der mangelnde Schutz geistigen Eigentums eine Verringerung der künstlerischen Produktivität zur Folge.

Eine eigentumslose Gesellschaft, in welcher Variante auch immer, kommt also auch den Benachteiligten in der Gesellschaft *nicht* zu Gute. Dieser Schlussfolgerung liegt eine wichtige Prämisse zu Grunde, nämlich die Annahme der rationalen Handlungen der Akteure. Diese der modernen Ökonomie zugrundeliegende Hypothese sieht sich heute vielerlei Kritik ausgesetzt. Dabei ist es aber wichtig zu betonen, dass für die Richtigkeit der obigen Ergebnisse nicht das rationale Handeln *aller* Akteure Voraussetzung ist. Es mag einzelne Menschen geben, die der Überfischung durch eigene altruistische Zurückhaltung vorbeugen oder die von Anreizen in ihrer Produktivität nicht beeinflusst werden. Wie die Empirie aber eindeutig beweist, ist dies normalerweise nicht der Fall und die Annahme der Rationalität durchaus gerechtfertigt. Die Schlussfolgerungen sind zutreffend, wenn zumindest *viele* rational handeln.

Auch sind tatsächlich fast alle Ressourcen entweder nicht erneuerbar oder werden durch übermäßige Nutzung in ihrer Qualität schlechter. Letzteres trifft zum Beispiel auf Luft und Wasser zu.

Zu zeigen bleibt jetzt noch, dass Privateigentum die Ärmsten der Bevölkerung *besser* stellt als die genannten Gegenmodelle. Denn ist auch das Recht auf Eigentum in einer Gesellschaft vorhanden, gilt es nicht automatisch absolut. Eigentum kann und soll, sofern dies die

Benachteiligten der Gesellschaft benötigen, umverteilt werden, darf aber nicht vollständig abgeschafft werden.

Gibt der Staat den Bürgern von Anfang an dieselben Chancen⁴ und greift durch etwaige Umverteilungen wenn nötig immer wieder ein, so sind auch die Untersten der Bevölkerung besser gestellt als in einer eigentumslosen Gesellschaft. Sie haben die Chance auf sozialen Aufstieg und die Garantie staatlicher Hilfe im Falle des Scheiterns. Da es also kein Modell einer eigentumslosen Gesellschaft gibt, welches die Benachteiligten der Bevölkerung besser stellt als das Alternativmodell, ist letzteres auf jeden Fall vorzuziehen. Von dem staatlichen unter Vorbehalt garantierten Recht auf Eigentum profitiert nicht nur die Gesellschaft als Ganzes, sondern auch die untersten Gesellschaftsschichten. Jedem gehört ein Teil des Sees, den zu bewirtschaften und sich um die Fischbestände zu kümmern er einen Anreiz hat.

Eine Rousseau'sche Welt hingegen würde das natürliche rationale Verhalten ihrer Bewohner ignorieren. Das Recht auf privates Eigentum ist somit positiv, von Menschen gesetzt, weil es zum Nutzen aller ist. Gleichzeitig ist es auch natürlich, da es das angeborene rationale Verhalten der Menschen belohnt.

In welchem Maß Eigentum umverteilt werden kann, um die Benachteiligten der Gesellschaft besserzustellen, ohne ihnen den Anreiz für ihre Produktivität zu nehmen, bleibt eine heikle Frage für Politik und Wirtschaftswissenschaften. Fest steht, dass Privateigentum auch dann gerechtfertigt ist, wenn man mit John Rawls' Gerechtigkeitsbegriff argumentiert. Mit Rousseaus Träumen verhält es sich wie mit vielen Utopien: bei genauerem Hinsehen sind sie ungeeignet, die wahrgenommenen Missstände zu verbessern und bewirken das Gegenteil dessen, was sie anstreben.

⁴ Diese Gleichstellung könnte zum Beispiel durch hohe Erbschaftssteuern und eine leistbare sowie qualitativ hochwertige Bildung für alle Kinder gewährleistet werden.